

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Kapitel: Einführung .....</b>	<b>1</b>
A. Vorbemerkungen .....	1
B. Problemstellung .....	4
C. Inhalt und Aufbau der Untersuchung .....	7
<b>2. Kapitel: Die negative Konkurrentenklage - Abgrenzung und statthafte Klageart.....</b>	<b>11</b>
A. Kategorisierung des Konkurrentenrechtsschutzes anhand einer Differenzierung nach Anspruchszielen.....	11
I. Ausschließende Konkurrentenklage: Konkurrentenverdrängungsanspruch.....	11
II. Partizipative Konkurrentenklage: Konkurrentengleichstellungsanspruch.....	12
III. Negative Konkurrentenklage: Konkurrentenverschlechterungsbegehren .....	13
B. Statthafte Klageart im Zusammenhang mit der negativen Konkurrentenklage.....	14
I. Begünstigungsabwehrbegehren .....	15
II. Spezifisches Klagebegehr im Steuerrecht: Erstreben der Belastung eines Dritten.....	16
1. Konstellation 1: Existenz eines Steuer- oder Freistellungsbescheides ...	17
a. Rechtsprechung der Finanzgerichte: Anfechtungsklage auf Kassation des Bescheides, §§ 40 Abs. 1 i.V.m. 100 Abs. 1 Satz 1 FGO ....	17
b. Meinungsbild im steuerrechtlichen Schrifttum.....	18

aa. Verpflichtungsklage, §§ 40 Abs. 1 Var. 2 i.V.m. 101 Satz 1 FGO.....	18
bb. Anfechtungsklage in Form der Abänderungsklage, §§ 40 Abs. 1 i.V.m. 100 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 FGO.....	19
cc. Stellungnahme .....	19
2. Konstellation 2: Noch kein Steuerbescheid ergangen .....	22
a. Rechtsprechung der Finanzgerichte: Feststellungsklage, § 41 Abs. 1 FGO .....	22
b. Auffassung der steuerrechtlichen Literatur: Verpflichtungsklage, § 40 Abs. 1 Var. 2 FGO .....	22
c. Stellungnahme .....	23
3. Besteuerung zukünftiger Besteuerungsperioden.....	24
C. Ergebnis zum zweiten Kapitel.....	24
 <b>3. Kapitel: Klagebefugnis hinsichtlich wettbewerbsneutraler bzw. gesetz-mäßiger Besteuerung im nationalen Recht.....</b>	<b>27</b>
A. Allgemeiner Normvollzugsanspruch aus Art. 3 Abs. 1 GG?.....	27
B. Die Klagebefugnis in steuerrechtlichen Konkurrenzverhältnissen .....	31
I. Das subjektiv-öffentliche Recht als Maxime der deutschen Rechtsordnung .....	32
1. Das subjektive Recht.....	32
2. Die Schutznormtheorie.....	33
II. Die drittschützende Norm im steuerrechtlichen Konkurrenzverhältnis ....	35
1. Die Schutznormlehre und deren Relevanz im Steuerrecht .....	35
2. Wettbewerbsneutralität als wesensimmanentes Merkmal Drittschutz vermittelnder Normen .....	36
a. Wettbewerbsneutralität vermittelnde Vorschriften im Steuerrecht ....	37

aa. Steuervergünstigungen im Gemeinnützigenrecht, §§ 5 Abs. 1 Nr. 9 Satz 2 KStG, 3 Nr. 6 Satz 2 GewStG; 12 Abs. 2 Nr. 8 lit. a), Satz 2 UStG, jeweils i.V.m. §§ 64 ff. AO .....	38
bb. Steuerbefreiungen für Betriebe gewerblicher Art am Beispiel von § 2 Abs. 3 UStG i.V.m. §§ 1 Abs. 1 Nr. 6, 4 Abs. 5 KStG ...	40
b. Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV .....	43
3. Tatsächliches Vorliegen eines Wettbewerbsverhältnisses zwischen den Konkurrenten.....	44
a. Begrenzte Anwendbarkeit des „Wettbewerbsbegriffs“ .....	44
b. Determination des Wettbewerbsverhältnisses .....	45
aa. Komplementierung durch Methodik des (zivilen und öffent- lichen) Wettbewerbsrechts.....	45
bb. Abgrenzung des Kreises der klagebefugten Wettbewerber durch den Wortlaut der Vorschrift? .....	47
4. Unzutreffende Besteuerung des Wettbewerbers.....	48
5. Wettbewerbsrelevanz des Vorteils.....	48
III. Subjektivierung objektiver Vorschriften durch grundrechtlichen Norm- vollziehungsanspruch .....	50
IV. Ergebnis.....	50
C. Das Verhältnis von einfach-gesetzlichen Vorschriften zu den Grund- rechten .....	51
I. Grundsatz: Anwendungsvorrang des einfachen Rechts.....	52
II. Differenzierungsansätze der Literatur hinsichtlich der Kollision im Einzelfall.....	52
1. Absoluter Anwendungsvorrang und Rechtssatzabhängigkeit des einfachen Rechts.....	53
2. Globale Grundrechtsabhängigkeit des subjektiv-öffentlichen Rechts....	54
3. Bipolarität des subjektiv-öffentlichen Rechts.....	54

4. Inkonsistenz der Rechtsprechung.....	55
5. Stellungnahme.....	56
III. Ergebnis .....	60
D. Kategorisierung der Konfliktfälle im Schnittfeld von einfachem Gesetzesrecht und Grundrechten .....	60
I. Grundrechtliche Komplementierung der Klagebefugnis durch normexternen Rückgriff auf Grundrechte bei Fehlen einfach-gesetzlicher Bereichsregelung und Belastungsbegehrungen? .....	60
II. Konfliktfälle im Zusammenhang mit dem Vorliegen einfach-gesetzlichen Normenmaterials.....	62
1. Keine grundrechtliche Relevanz bei subjektivem Gehalt einfachen Gesetzesrechts .....	62
2. Rein objektiv-rechtliche Ausgestaltung einfach-rechtlicher Bestimmungen .....	62
a. Subjektivierung durch norminterne Wirkung der Grundrechte .....	62
b. Normexterne Wirkung der Grundrechte .....	64
III. Ergebnis .....	67
E. Grundrechtlicher Rechtsschutz gegen wettbewerbsverzerrende Drittbevorzugungen.....	68
I. Überblick über das derzeitige Meinungsbild hinsichtlich der Einordnung der Wettbewerbsfreiheit ins grundrechtliche Gefüge.....	68
1. Auffassung der Rechtsprechung: Wechsel vom wettbewerbsgleichheitlichen zum wettbewerbsfreiheitlichen Gewährleistungsgehalt.....	69
2. Überblick über die Diskussion in der Literatur.....	70
a. Gleichheitsrechtlicher Ansatz zur Gewährleistung von Wettbewerbsneutralität .....	70
b. Freiheitsrechtlicher Ansatz zur Gewährleistung von Wettbewerbsneutralität.....	71

c. Binäre Ausgestaltung der Wettbewerbsfreiheit .....	72
d. Recht auf Chancengleichheit im Wettbewerb als Mosaikgrundrecht aus Art. 3 Abs. 1 GG und Art. 12 Abs. 1 GG .....	73
3. Stellungnahme.....	73
II. Die Berufsfreiheit als Verbürgung des freiheitsrechtlichen Ansatzes der Wettbewerbsfreiheit.....	78
1. Schutzbereichsumfang der Berufsfreiheit unter besonderer Berücksichtigung der Dogmatik zur Wettbewerbsfreiheit .....	78
2. Wettbewerbsfreiheit und Eingriffsdogmatik - Eingriff in Rechte des Konkurrenten durch Begünstigung bzw. Nichtbelastung des Dritten?..	82
a. Der faktische Grundrechtseingriff in der Dogmatik der Wettbewerbsfreiheit.....	82
b. Lokalisation der Eingriffsschwelle in der Dogmatik der Wettbewerbsfreiheit.....	84
aa. Qualifizierte Intensität der Grundrechtsbeeinträchtigung in Form „schwerer und existenzieller Beeinträchtigung“? .....	84
bb. Erweitertes Eingriffsverständnis in der Literatur.....	85
cc. Stellungnahme .....	86
III. Komplementärfunktion der Eigentumsgarantie? .....	90
F. Ergebnis zum dritten Kapitel .....	92
<b>4. Kapitel: Klagebefugnis hinsichtlich wettbewerbsneutraler bzw. unionsrechtskonformer Besteuerung.....</b>	<b>95</b>
A. Klagebefugnis aufgrund unmittelbar anwendbarer Unionsrechtssätze.....	96
I. Determination individueller Rechtspositionen bei vom EU-Recht beeinflussten Sachverhalten .....	96
1. Die subjektive Rechtsposition im Unionsrechtskontext .....	98

2. Die unmittelbare Anwendbarkeit als Grundvoraussetzung .....	99
3. Individualrecht als zusätzliche Voraussetzung der unmittelbaren Anwendbarkeit? .....	102
4. Determination individueller Rechtspositionen bei europarechtlich beeinflussten Sachverhalten.....	105
a. Allgemeiner Vollziehungsanspruch.....	107
b. Subjektive Ansätze.....	108
c. Konzept der „funktionalen Subjektivierung“.....	109
d. Stellungnahme.....	110
5. Kreis der Individualberechtigten.....	114
a. Dogmatische Einordnung des „qualifizierten Interesses“.....	116
b. Kolorierung des Postulats eines „qualifizierten Interesses“ .....	118
c. Das „qualifizierte Interesse“ im wettbewerbsrelevanten Kontext ....	122
aa. Ermittlung des Wettbewerbsverhältnisses nach der Methodik des Wettbewerbsrechts.....	122
bb. Tätigkeitsbezogene Ermittlung des Wettbewerbs bei (Umsatz-) Besteuerung der öffentlichen Hand .....	124
cc. Wettbewerbsneutrale Umsatzbesteuerung auf das Verhältnis zwischen Staat und Steuerzahler begrenzt? .....	126
d. Begrenzung des Beteiligtenkreises durch Einführung eines „Spür- barkeitskriteriums“? .....	128
6. Ergebnis.....	129
<b>II. Primäres Unionsrecht als Grundlage für die Klagebefugnis auf Besteuerung des Konkurrenten .....</b>	<b>131</b>
1. Klagebefugnis aus Grundfreiheiten .....	131
2. Klagebefugnis aus dem unionsrechtlichen Beihilfenrecht, Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV .....	135
a. Problemaufriss.....	135

b. Bedeutung und Systematik der Art. 107 ff. AEUV .....	136
aa. Bedeutung der Beihilfegesetze .....	137
bb. Systematik der Art. 107 ff. AEUV.....	138
cc. Die Rolle der mitgliedstaatlichen Finanzgerichte im Zusam-	
menhang mit dem Beihilfenrecht der Union .....	141
(1) Notifizierungspflicht und Durchführungsverbot.....	142
(2) Rückforderung rechtswidriger staatlicher Beihilfe.....	143
(3) Zinsen.....	147
dd. Tatbestandsmerkmale einer staatlichen Beihilfe und deren Be-	
deutung im Steuerrecht .....	148
(1) Zuwendung.....	149
(a) Allgemeines.....	149
(b) Unmittelbare Steuervergünstigungen.....	152
(c) Mittelbare Steuervergünstigungen .....	153
(2) Staatliche oder aus staatlichen Mitteln stammende Zuwen-	
dungen.....	154
(3) Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktions-	
zweige (Selektivität) .....	156
(a) Allgemeines.....	156
(b) Das Kriterium des spezifischen Charakters bei (direkten)	
Steuern .....	158
(aa) Selektive Maßnahme .....	158
(bb) Rechtfertigung der steuerlichen Maßnahme durch	
die „Natur oder den inneren Aufbau des Steuer-	
systems“ .....	162
(4) (Drohende) Verfälschung des Handels oder Wettbewerbs..	165
(5) Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitglied-	
staaten (Spürbarkeit).....	167

ee. Stellungnahme .....	168
c. Unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV ....	169
d. Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV als Individualrechtsposition .....	170
e. Reichweite von Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV .....	172
f. Relevanz des Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV in steuerrechtlichen Konkurrenzsituationen .....	175
<b>III. Sekundäres Unionsrecht als Grundlage einer negativen Konkurrentenklage im Steuerrecht .....</b>	<b>176</b>
1. Klagebefugnis aus Verordnungen.....	177
2. Klagebefugnis unmittelbar aus Richtlinien.....	178
a. Regelungsstruktur.....	180
b. Klagebefugnis bei unzureichender Umsetzung der Richtlinie im nationalen Recht - unmittelbare Wirkung des Richtlinienrechts? ...	181
aa. Die unmittelbare Wirkung von Richtlinienbestimmungen .....	183
(1) Dogmatische Begründung der Rechtsfigur in Rechtsprechung und Lehre .....	183
(2) Allgemeine Voraussetzungen .....	185
bb. Unmittelbare Richtlinienwirkung im steuerrechtlichen Dreiecksverhältnis? .....	187
(1) Grundsätzliches Verbot von Belastungen im horizontalen Verhältnis (unmittelbare horizontale Wirkung) .....	188
(2) Berufungsfähigkeit des benachteiligten Unternehmers auf steuerrelevante Richtlinien gegenüber privater Konkurrenz - mittelbar horizontale Wirkung .....	190
(a) Ansicht der Rechtsprechung.....	191
(b) Ansichten in der Literatur .....	192
(aa) Absolute Anwendung des Instituts der unmittelbaren Wirkung.....	193

(bb) Vorrang von Vertrauenschutz und Rechtssicherheit .....	193
(cc) Binärer Ansatz auf Linie der Rechtsprechung .....	194
(c) Stellungnahme .....	195
(3) Berufungsfähigkeit des benachteiligten Unternehmers auf steuerrelevante Richtlinien im Vertikalverhältnis .....	197
c. Ergebnis.....	198
B. Einfluss des Unionsrechts auf das nationale Steuerrecht.....	199
I. Explizite Gewährung subjektiver Rechte durch Richtlinientransformation des nationalen Gesetzgebers.....	199
II. Die richtlinienkonforme Auslegung im Steuerrecht.....	200
1. Entwicklung der Dogmatik und Grundsätze.....	202
2. Das Verhältnis von richtlinienkonformer Auslegung und unmittelbarer Wirkung.....	207
3. Richtlinienkonforme Auslegung und Belastung Privater im horizontalen Rechtsverhältnis .....	209
4. Unionsrechtlicher Maßstab bei der Bestimmung individueller Rechte .....	210
5. Die richtlinienkonforme Auslegung im Lichte objektiv-rechtlicher Auslegungsdirektiven des Primärrechts.....	211
C. Prozessrechtliche Einflüsse des EU-Rechts auf die Klagebefugnis nach § 40 Abs. 2 FGO.....	213
I. Problemaufriss.....	213
II. Überblick über den derzeitigen Meinungsstand .....	214
1. Materiell-rechtlicher Lösungsansatz .....	214
2. Prozessrechtliche Modifikation in Richtung einer Interessentenklage .....	215

3. Trennung der Klagebefugnis vom subjektiv-öffentlichen Recht im Sinne einer prozessualen Lösung .....	216
4. Stellungnahme.....	217
D. Ergebnis zum vierten Kapitel.....	219
<b>5. Kapitel: Vertrauenschutz als zeitliche Begrenzung zugunsten des Vorteilsempfängers .....</b>	<b>221</b>
A. Problemaufriss .....	221
I. Bestandskraft.....	222
1. Gesamtanalogie der §§ 172 ff. AO .....	222
2. Frist des Bescheidadressaten als ausschlaggebendes Momentum.....	223
3. Einzelfallentscheidung: Grenze Verwirkung.....	223
4. Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis des benachteiligten Dritten.....	224
5. Stellungnahme .....	224
II. Festsetzungsverjährung.....	227
B. Europarechtliche Einflüsse bei Sachverhalten mit Unionsrechtsbezug .....	227
I. Bestandsschutz und Festsetzungsverjährung .....	228
1. Bestandsschutz .....	228
2. Festsetzungsverjährung .....	232
II. Stellungnahme .....	233
C. Ergebnis zum fünften Kapitel .....	236
<b>6. Kapitel: Einstweiliger Rechtsschutz, § 114 Abs. 1 Satz 2 FGO .....</b>	<b>237</b>
A. Vorläufiger Rechtsschutz bei Sachverhalten im nationalen Steuerrecht ....	237
B. Vorläufiger Rechtsschutz bei unionsrechtlich beeinflussten Sach- verhalten .....	238

C. Ergebnis zum sechsten Kapitel.....	241
<b>7. Kapitel: Annex: Der (vorgeschaltete) Auskunftsanspruch gegenüber der Finanzbehörde .....</b>	<b>243</b>
A. Problemaufriss.....	243
B. Dichotomische Basis des Auskunftsanspruchs .....	243
I. Verfassungsunmittelbarer Auskunftsanspruch nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs .....	243
II. Einfach-gesetzliche Ausgestaltung in den Informationsfreiheits- gesetzen der Länder .....	245
C. Ergebnis zum siebten Kapitel.....	250
<b>8. Kapitel: Kernthesen.....</b>	<b>251</b>